

Reichsaußenminister Rathenau ermordet!

Die Täter im Auto entkommen.

Erklärungen u. Maßnahmen der Reichsregierung. - 3 Reichstagsitzungen.

Die amtlichen Mitteilungen.

Berlin, 24. Juni. (W.T.B. Durch Fernsprecher.) Nach einer amtlichen Mitteilung wurde heute vormittag Minister Rathenau, kurz nachdem er seine Villa im Grunewald verlassen hatte, um sich in das Auswärtige Amt zu begeben, erschossen. Der Täter fuhr im Automobil nebenher und sauste nach vollzogener Tat weiter und entkam.

Berlin, 24. Juni. Zu dem Attentat auf Rathenau wird amtlich noch folgendes mitgeteilt: Der Polizeipräsident Richter, der Chef der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe und sein Vertreter, Regierungsrat Dr. Bagemann haben sich mit einem Stab von Kriminalbeamten an den Ort des Attentats auf den Reichsaußenminister Rathenau begeben, um dort zuerst persönlich die ersten kriminalpolizeilichen Feststellungen zu machen. Die weiteren Ermittlungen werden in Gemeinschaft mit der Abteilung I G geführt. Für die Ergreifung der Täter wird eine außergewöhnlich hohe Belohnung in Kürze ausgesetzt werden.

Berlin, 24. Juni. Zu dem Attentat auf Rathenau erfährt das W.T.B. weiter folgendes: Reichsaußenminister Rathenau wurde heute vormittag in der 11. Stunde, während das Automobil die Königsallee in der Villenkolonie Grunewald passierte, auf der Kreuzung der Erdener und Hallot-Straße erschossen. Der Täter hat im Kraftwagen die Flucht ergriffen. Eine von der Kriminalpolizei gebildete Mordkommission hat sofort die Verfolgung des Täters übernommen, nachdem bereits Radfahrerkontrollen von der Schutzpolizei unmittelbar nach der Tat das Automobil des Täters verfolgt hatten.

Berlin, 25. Juni. Ueber die Ermordung Rathenaus ist bisher festgestellt: Von einem Kraftwagen aus wurde das Attentat begangen. 3 Männer sollen sich in diesem befunden haben und beim Ueberholen des Automobils Dr. Rathenaus etwa 10 Schüsse abgegeben und eine Stielhandgranate geworfen haben. Ein Schuß durch den Mund war tödlich. Die Täter sind bisher entkommen. Der Tatort ist die Ecke der Erdenerstraße am Königsplatz, der zur Zeit wenig belebt ist. — Das Reichskabinett ist im Reichstag versammelt. Präsident Löbe und Präsident Seiner nehmen an der Sitzung teil. Es wird über die Lage beraten. — Die Regierungsgebäude wie der Reichstag haben Halbtag geflaggt.

Die Reichstagsitzungen.

Stürmische Auftritte.

Berlin, 24. Juni. Der Beginn der heutigen Sitzung verzögerte sich unter der Nachwirkung des Attentats auf Rathenau. Um 12.20 Uhr kam es im Sitzungssaal zu einem Handgemenge, bei der der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Schoch angegriffen und aus dem Saal vertrieben wurde. Als Abg. Schoch in den noch ziemlich leeren Saal trat, folgten ihm mehrere Abgeordnete der sozialistischen Parteien. Abg. Stampfer (Soz.) rief erregt: Er findet das komisch! Wästenstürmten mehrere Abgeordnete auf General Schoch ein, der sich zunächst zur Wehr setzte, nach kurzem Ringen aber den Ausgang benutzte, der von den Plätzen der Stenographen aus nach unten führt. — Um 12.30 Uhr erscheint Präsident Löbe und bemerkt: Ich kann die Sitzung noch nicht eröffnen, da der Kellertentrat noch zusammen ist. Gestatten Sie mir aber die dringende Bitte, daß Tätlichkeiten in diesem Räume unterbleiben. (Große Unruhe links und fortgesetzte Ausrufe: Heraus mit den Mördern!) Ich möchte alle Mitglieder bitten, den Saal zu verlassen, bis die Sitzung anberaumt ist. — Eine ganze Anzahl Abgeordneter folgt der Bitte des Präsidenten. Es bleiben aber noch erregte Gruppen im Saale beisammen. Um 12.40 Uhr — die Sitzung ist noch nicht eröffnet — kommt durch eine Seitentür der Abg. Unterleitner (U.S.P.) mit einem Strauß von Rosen und Gekleinblättern, der mit einer langen seidenen Schleife in schwarz-weiß-roten Farben versehen ist. Er ruft dabei laut in den Saal: Das ist loben für Helfferich abgegeben worden als Ehrengeschenk! Von links wird gerufen: Pfui, die Mörderbande! Der Strauß wurde von einem etwa 18jährigen jungen Menschen in die Wandelhalle gebracht. Hier drangen sofort mehrere Personen auf ihn ein, entrißen ihm den Strauß, schlugen ihn die Treppe hinunter und übergaben ihn der im Hause anwesenden Kriminalpolizei, die ihn verhaftete. Die Schleife trug die Aufschrift: Herrn Helfferich, dem Verteidiger deutscher Ehre! Der Strauß soll von Mitgliedern des deutsch-südamerikanischen Soldatenbundes wegen der gestrigen Rede Helfferichs überbracht worden sein. Um 14.2 Uhr enternen die Diener von den Publikumstribünen alle, die sich nicht über ihre Person ausweisen können.

Der Kuninus Barcelli erschien als Doyen des diplomatischen Korps heute vormittag im Reichstag, um dem Reichskanzler namens des diplomatischen Korps das Beileid anlässlich der Ermordung des Ministers Rathenau auszusprechen.

Nach einem Beschluß des Kellertentrats tritt der Reichstag um 3 Uhr zu einer Trauerkundgebung zusammen, in der auch der Reichskanzler das Wort ergreift. Um 7 Uhr findet wiederum eine Sitzung statt, in der die Regierung Mitteilungen über die Maßnahmen machen wird, die die Reichsregierung in dieser Lage zu treffen gedenkt. In einer Sitzung am Sonntag mittag 12 Uhr wird der Reichstag zu diesen Mitteilungen Stellung nehmen.

Die Mittagsitzung. Der Nachruf des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 24. Juni. Die Sitzung beginnt um 3 Uhr nachmittags. — Rathenaus Stuhl am Ministerisch ist schwarz umfrot. Auf seinem Platz liegt ein kleiner Strauß aus weißen Rosen mit Trauerflor. Als gegen 14 Uhr der Abg. Helfferich, von seinen Freunden begleitet, den Saal betritt, wird er von den Kommunisten und vielen Abgeordneten mit stürmischen Rufen empfangen: Mörder, Mörder, hinaus mit dem Mörder! Dr. Helfferich nimmt auf seinem Stuhl Platz. Die Kommunisten und Unabhängigen stürmen unter lauten Bervünschungen auf Helfferich los, den die Abgeordneten der Deutschnationalen stehend in dichtem Ring schützen. Die Kommunisten und Unabhängigen rufen immer erregter: Hinaus mit dem Mörder! — Präsident Löbe erklärt: Nach der Verfassung steht jedem Abgeordneten das Recht zu, seinen Platz im Reichstag einzunehmen und der Präsident ist verpflichtet, jedem, dem einen wie dem andern, dieses verfassungsmäßige Recht zu verschaffen. — Reichskanzler Wirth verläßt seinen Platz und redet beschwichtigend auf die Helfferich umdrängenden Kommunisten ein. Ihm wird zugerufen: Sie sind das nächste Opfer, Herr Wirth! — Präsident Löbe bittet die Anwesenden, doch nicht die Ehrung eines Toten zu vereiteln. Zunächst wird ihm geantwortet: Wir können den Toten doch nicht in Gegenwart seiner Mörder ehren. Endlich tritt so viel Ruhe ein, daß der Präsident das Wort nehmen kann.

Präsident Löbe führt aus: Was diese Szene hervorgerufen hat, ist eine Tat von so ungeheurer Grausamkeit und Rohheit, daß sie uns das Blut in den Adern aufwallen macht. Der Reichsaußenminister Rathenau ist meuchlings ermordet worden. (Stürmische Pflurufe auf der Linken und Ausrufe: Da sitzen die Mörder!) Ich brauche der Trauer, dem Entsetzen, aber auch der Verachtung für die Feinden, die dieses Werk vollbracht haben, nicht Ausdruck zu geben. Aber es steht mehr auf dem Spiele. Auf dem Spiele steht das deutsche Land, das deutsche Volk, die deutsche Ehre. Die Täter haben Geschilfen und Spießgesellen. (Von den Kommunisten wird bei diesen Worten lärmend auf die Rechte hingewiesen.) Sie haben eine Organisation von Mördern hinter sich, die sie schützen, und die sie für ihre Taten unterhalten. Anders wäre es nicht möglich gewesen und das Blut des Ermordeten fällt auf mehr, als auf die Täter, es fällt auf die, die dazu anreizten, es fällt auf die, die frühere Anschläge, die nicht gelangen, mit Spott und Hoßn begleiteten und das Andenken der Opfer zu beschandeln wagten. Seit zwei Jahren habe ich versucht, mein Präsidentenamt in Unparteilichkeit zu erfüllen, aber aus dieser Unparteilichkeit heraus darf ich sagen: Dieser Stuhl Rathenaus stände heute nicht leer ohne die grenzenlose Hebe gegen die Männer, die an der Spitze der Regierung stehen. Hier hat eine gewisse Presse gehetzt bis zum Attentat auf Scheidemann, das nicht gelungen ist, und es scheint keinen Schutz dagegen zu geben. Die Täter haben Helfer, die sie verschwinden lassen und immer wieder von neuem schützen. Einer nach dem anderen von uns erliegt der kaltblütigen Mörderhand. Diesmal hat der Mordstahl den Mann getroffen, der begabt und geeignet schien, die Fäden wieder anzuknüpfen, die der Krieg zerrissen hatte und der hierbei die ersten Erfolge hatte. Sie haben dem Mann Ihren Dank ausgesprochen, der seine Persönlichkeit eingesetzt hat, dem Land und Volk zu dienen. Sie haben Ihr Mitleid bezeugt der betagten Mutter, der deutsche Patrioten den Sohn vor die Füße legten. Möge das deutsche Volk auch diesen furchtbaren Schlag überwinden.

(Die Abgeordneten der Linken brechen nach Beendigung der Rede in den Ruf aus: Es lebe die Republik!)

Die erste Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Wirth: Wochen sind vergangen, da sammelten sich in Genua die Vertreter aller Nationen, da tauschten die Reden der Staatsmänner der ehemals feindlichen Staaten an unserem Ohr vorbei. Da erhob sich unser Freund Dr. Rathenau.

Neueste Nachrichten.

Im Reichstag wurde die Meldung über die Ermordung Rathenaus vom Reichskanzler kurz nach 11.25 Uhr übermittelt. Tiefste Bestürzung ergriff die im Hause anwesenden Abgeordneten. Die Ausschüsse, die zur Beratung versammelt waren, hoben sofort ihre Sitzung auf. Einzelheiten über die schreckliche Tat waren zunächst nicht zu erfahren. Auch an amtlicher Stelle war darüber nichts bekannt. Erst später hörte man, daß der Anschlag auf den Minister aus einem Automobil heraus, das an dem Wagen des Ministers vorbeifuhr, unternommen wurde und daß der Täter zugleich weiterfuhr, sodaß er unerkannt entkommen sei.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Rathenau, ist am Samstag vormittag einem Mordanschlag zum Opfer gefallen. Das Reichskabinett ist sofort nach Bekanntwerden der ruchlosen Tat zu einer Sitzung im Reichstag zusammengetreten, an der auch der Reichstagspräsident und der preussische Ministerpräsident teilnahmen. Der Reichskanzler widmete dem ermordeten Ministerkollegen Worte des verehrungsvollsten Dankes für die Aufopferung und treue Mitarbeit, die der Tote zuerst als Reichsminister des Wiederaufbaues und dann als Minister des Innern dem Vaterland geleistet hat. Das Kabinett trat sodann in eine Beratung der durch den Mord scharf bewegten innerpolitischen Lage ein. Da an dem politischen Charakter der Tat jeder Zweifel ausgeschlossen ist, wird das Kabinett noch heute die schärfsten Maßnahmen beschließen, um die Republik und ihre durch organisierte Verschwörungen bedrohten Einrichtungen zu schützen.

Aus seinem Mund kamen edle Worte, getragen von höchster humanitärer Gesinnung hat er Worte der Verständigung gesprochen, daß die Herzen derer geöffnet wurden, die uns bisher vielleicht in starker Abneigung gegenüberstanden. Man hat seine Worte in Palazzo Reale verstanden und ein niegeheuer rauschender Beifall wurde der Mann, der über die Grenzpfähle seiner Nation hinaus der Welt den Weg zur wirtschaftlichen Verständigung und damit zum Frieden gewiesen hat. Er liegt nun tot vor uns. Er fiel nicht nur für sein Volk, er fiel um die Menschenerlöschung. Aber wehe denen, die dieses große Werk der Verständigung der Nationen mit diesem Morde störten. Das Werk darf nicht unterbrochen werden. Es ist das Werk der Rettung unseres Volkes, aber auch die Rettung für ganz Europa. Gewiß hat Dr. Rathenau viele Gegner gehabt. Ich weiß nicht, woraus die Gegnerschaft geflossen ist. Aber von dem Augenblick an, wo er öffentlich in den Dienst des deutschen Volkes und der Deutschen Republik trat, hatte er nicht nur Feinde, dann hatte er Todfeinde. (Zuruf links: Helfferich!) Dieses Werk, das er sich vorgesetzt hat, die Rettung des deutschen Volkes unter der Staatsform der Republik, darf durch diesen Mord nicht unterbrochen werden (Beifall), im Gegenteil, alle Republikaner Deutschlands, und die es gut meinen mit dem Vaterland und ihrem Volke werden aus diesem Tod die größte Kraft schöpfen, mit denen abzurechnen, die unserem Volke den Tod bereiten wollen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen vom Zentrum bis zu den Kommunisten.) Die Arbeiterschaft hat in den bitteren Tagen, wo das Chaos über uns hinwegging, keinem, der der alten Staatsform treu geblieben ist, auch nur ein Haar gekrümmt. Gegen die Männer, die diesem neuen Staatswesen dienen, wird ein Gift mit Millionen-Geldern in das Volk hineingegossen. Von Königsberg bis Konstanz bedroht eine Mordhege unser Vaterland. Der tote Freund, den wir kannten, hat gegen die, die ihn als Verteidiger der Republik und Bahnbrecher einer Verständigung der Völker angegriffen haben, nie ein böses Wort gesprochen. Er hat nicht nur mit den Lippen verziehen, er hat auch im Herzen allen denen verziehen, die ihn geschmäht hatten. Er war eine kindliche Seele. Auch gestern hat er den ihm angebotenen Schutz neuerdings abgelehnt. Wenn wir einen Staatsmann und Freund verloren haben, wenn das Volk einen großen Sohn verloren hat, wollen wir aus dieser entsetzlichen Tat doch das eine lernen, geehrte Herren von rechts. So, wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen.) Wir werden diese Republik, sobald nur erst der Druck des Auslandes von uns genommen ist, ausgestalten mit sozialem Geist. Mein Mahnruf von Biberach: „Sorget dafür, daß in deutschen Landen die Mordatmosphäre zurückgeht“ wird vergebens. Ich rufe alle, die zum Schutze wahrer Freiheit und bürgerlicher Auffassung bereit sind, auf: Schüget die Republik und unser teures, gutes deutsches Vaterland! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Dillmann (Unabh.) zur Geschäftsordnung: Die Zentrale der Unabhängigen Partei hat verbürgte Nachrichten, daß der feige Mord das Signal zum Sturz der Republik ist. In der ersten Nacht nach der Ermordung eines Ministers sollen die monarchistisch-militärischen Verschwörer ohne weitere Bestrafung losgelassen werden.

Abg. Müller (Soz.) beantragt öffentlichen Anschlag der Rede des Reichskanzlers. — Abg. Wolfhoffmann (Unabh.) bezieht diesen Antrag auf die Rede des Präsidenten aus.

Mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Mehrheit der Volkspartei stimmen sämtliche Parteien dem Antrag zu. — Schluß gegen 4 Uhr. — Nächste Sitzung 7 Uhr

Die Abendführung. — Der Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk.

Berlin, 24. Juni. Der Beginn der Abendführung verzögerte sich um eine volle Stunde bis um 8 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Anwesend sind auch Landtagspräsident Leinert und zahlreiche Landtagsabgeordnete, der bayerische Gesandte. Die Mitglieder des Reichskabinetts sind sämtlich erschienen. Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk folgenden Aufruf und Mahnung: Der Mord an Dr. Rathenau hat schwere Gefahren entzündet, denen Deutschland durch unpolitische Irrungen ausgesetzt ist. Die Mahnung, den Parteizwist und den Streit über Vergangenes ruhen zu lassen und alle Kräfte der Nation dem Aufbau und der Rettung des Vaterlandes zu weihen, ist ungehört verhallt. Ausschöße und nichtswürdige Verhöhnung, die sich gegen die Staatsform richtet, die ihre Diener für vogelfrei erklärt, treibt immer mehr unklare und politisch verblendete Köpfe zu Mordversuchen und zu Mord; ein Netz von Verschwörungen bedroht den inneren Frieden und die Grundlagen einer Erneuerung zu zerstören. Der Mord an Dr. Rathenau war nur ein Glied in der Kette wohlworbereiteter Anschläge auf die Republik. Zuerst sollten die Führer der Republik, dann die Republik selbst fallen. In der Beseitigung solcher verbrecherischer Anschläge muß Durchgreifendes geschehen. Dem wachsenden Terror und Nihilismus, der sich vielfach unter dem Deckmantel nationaler Gesinnung verbirgt, darf nicht mehr mit Nachsicht begegnet werden. Die Republik ist in Gefahr. Alle für die Freiheiten und für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens arbeitenden Schichten der Bevölkerung müssen sich zusammenschließen und einigen. Das Reichskabinetts erkennt in dieser Stunde tiefster Trauer, daß Gefahr im Verzug ist. Es hat daher dem Reichspräsidenten empfohlen, von seiner verfassungsmäßigen Befugnis Gebrauch zu machen und durch Verordnung den Schutz des Staates und der Republik und des Lebens der durch politische Mordorganisationen bedrohten Vertreter zu sichern. Die Reichsregierung wird für die strengste Durchführung dieser Verordnung Sorge tragen und sofort die Vorbereitungen treffen, um durch gesetzliche Vorschriften der moralischen und politischen Zersetzung entgegen zu wirken. Die Reichsregierung versteht die tiefe Erregung des Volkes und bedauert die wirtschaftlichen Rückschläge eines solchen Wahnsinns, weil die arbeitenden Klassen am meisten getroffen werden. Sie hofft, daß das deutsche Volk in seiner verständlichen Erregung sich nicht zu Schritten verleiten läßt, welche die wirtschaftlichen und politischen Schäden und Wirren noch vermehren würden, sie erwartet vielmehr, daß das deutsche Volk sich hinter die Bemühungen stellen wird und richtet daher an die Beamtenschaft und an die Arbeiter aller Parteien wie an das ganze freiheitliche Bürgertum die ernste und dringliche Mahnung, zum Schutze des Staates in Not und Gefahr zusammen zu stehen. (Lebhafte Beifall.) Die Regierung hat demnach dem Reichspräsidenten empfohlen, von seinen verfassungsmäßigen Mitteln nach Artikel 48 der Verfassung Gebrauch zu machen. Der Reichspräsident, der sofort nach Berlin zurückgekehrt ist, hat sich entschlossen, folgende, vom 24. Juni datierte Verordnung zum Schutze der Republik zu erlassen:

Die Maßnahmen der Reichsregierung.

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung folgendes verordnet: 1. Verbotene Vereinigungen. § 1. Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen können verboten werden, wenn die Befugnis begründet ist, daß in ihnen Erörterungen stattfinden, die zur gefährlichen Beseitigung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der Reichs- oder einer Landesregierung anreizen oder die republikanischen Staatseinrichtungen verächtlich machen. Vereine und Vereinigungen, welche Bestrebungen dieser Art verfolgen, können verboten und aufgelöst werden. § 2. Zuständig für Maßnahmen des § 1 sind die Landeszentralbehörden. Glaubt die Landeszentralbehörde, einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so hat sie dies sofort dem Reichsminister des Innern mitzuteilen und die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik anzurufen. Entscheidet dieser im Sinne der Verordnung, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu ergreifen. § 3. Beschwerden gegen eine Verordnung nach § 1 können bei der Landeszentralbehörde eingereicht werden. Wer verbotene Versammlungen besucht, Kundgebungen veranstaltet oder in solchen als Redner auftritt, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis 5 Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis 500 000 Mark erkannt werden. 2. Strafbestimmungen zum Schutze der Republik. 1) Der gleichen Geldstrafe unterliegt, wer öffentlich Gewalttaten gegen die republikanische Staatsform oder Mitglieder der Regierungen des Reiches oder der Länder verherrlicht, billigt oder begünstigt. 2) Wer zu Gewalttaten gegen Regierungenmitglieder auffordert oder aufwiegelt. 3) Wer solche Regierungenmitglieder verleumdet oder öffentlich beschimpft. 4) Wer öffentlich die republikanische Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben beschimpft. 5) eine Verbindung, die den Zweck hat, die republikanische Staatsform zu untergraben, nach

der Bestimmung des Strafgesetzbuches. 3. Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik: Beim Reichsgericht wird ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik errichtet, bestehend aus 7 Mitgliedern. 3 derselben ernannt der Präsident des Reichsgerichts, 4 ernannt der Reichspräsident. Die von ihm ernannten Mitglieder brauchen nicht die Eigenschaft von Richtern zu haben. (Stürmischer Beifall links.) 4. Beschlagnahme verbotener Druckschriften: Die Vorschriften des Pressegesetzes werden auf die in der Verordnung bezeichneten Vergehen ausgedehnt. Die Strafe für Verbreitung einer verbotenen Druckschrift ist die gleiche wie oben angegeben.

Die Vollziehung dieser Verordnung legt der Reichspräsident in die Hände des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern. Dazu kommt eine weitere Verordnung auf Verbot bestimmter Versammlungen, welche die Landeszentralbehörden ermächtigt, die für 28. Juni geplanten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrags zu verbieten. Das gleiche gilt bis auf weiteres für Regimentsfeiern und ähnliche Veranstaltungen.

Präsident Lobe setzt die Beratung über die Erklärung der Reichsregierung auf Sonntag mittag 12 Uhr an. Schluß 8 1/2 Uhr.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Berlin, 24. Juni. Die Deutschnationale Volkspartei erläßt folgende Erklärung: Die Deutschnationale Volkspartei verdammt jeden Mord, gleichviel gegen wen und von wem er verübt wird. Die Deutschnationale Fraktion des Landtags gibt ihrer tiefsten Entrüstung gegenüber der verbrecherischen Tat Ausdruck. Wir fordern strengste Untersuchung und strengste Bestrafung der Schuldigen, aber wir vermahnen uns auf das Schärfste dagegen, daß politische Leidenschaft vor Untersuchung und Urteil diesem gerechten Verfahren Vorschub leisten oder zugunsten irgendeiner Partei vorzugreifen sich anmaßt.

* Den ausführlichen Bericht über die Reichstagsführung vom Sonntag mit der Besprechung der Erklärungen und Maßnahmen der Reichsregierung durch die Abgeordneten aller Parteien müssen wir aus technischen Gründen auf morgen verschieben. Die Schriftkgl.

Lloyd George über Rathenau.

London, 25. Juni. In einer Ansprache in der Walliser Baptistenkapelle in London sagte Lloyd George heute nachmittag: Rathenau war einer der fähigsten Minister Europas und er tat sein Bestes, um die guten Beziehungen zwischen seinem Lande und den anderen Nationen, denen Deutschland Unrecht zugefügt hatte, wieder herzustellen. Er tat sein Bestes und deshalb wurde er ermordet.

Ich kann nur meine tiefste Abscheu ausdrücken über das Verbrechen und dem Vertrauen Ausdruck geben, daß Deutschland nicht leiden werde unter dem Unrecht, das diese Leute ihrem eigenen Lande zugefügt haben durch dieses feige Verbrechen an einem seiner ausgezeichnetsten Bürger.

Beileidskundgebungen

Das Beileid der württ. Regierung.

(SW) Stuttgart, 25. Juni. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Aus Anlaß der Ermordung des Herrn Reichsministers Dr. Rathenau hat die württ. Regierung folgendes Beileidstelegramm an die Reichsregierung gerichtet: „Mit größter Entrüstung hat das Württ. Staatsministerium die Kunde von dem schrecklichen Verbrechen erfüllt, dem der hochverdiente Reichsminister Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist. Es spricht der Reichsregierung sein aufrichtiges und tiefstes Beileid aus. Staatspräsident Hieber.“

Das Beileid der bayerischen Regierung.

München, 25. Juni. Ministerpräsident Graf Lerchfeld richtete an den Reichskanzler Dr. Wirth folgendes Telegramm: Tief erschüttert durch die Nachricht von der Ermordung des Reichsaußenministers Dr. Rathenau, im Bewußtsein, daß diese unselbige Tat bei allen recht Denkenden unseres Volkes entschiedene Verurteilung findet, spreche ich namens der bayerischen Staatsregierung der Reichsregierung die aufrichtigste und wärmste Teilnahme aus.

Beisetzung Rathenaus auf Reichskosten.

Berlin, 26. Juni. Wie die „Montagspost“ meldet, hat das Reichskabinetts beschlossen, daß die Beerdigung Rathenaus auf Reichskosten erfolgen soll. Die Leiche des Ministers wird heute abend im Reichstag ausgebahrt werden. Dienstag nachmittag findet unter Teilnahme der Reichsregierung und des Reichstags die Beisetzung statt. Die Reichswehr bildet Spalier. Die Leiche Rathenaus wird nach dem Erdbegräbnis der Familie in Oberschöneweide gebracht werden. Gleichzeitig demonstrieren, wie angekündigt, in Berlin und im ganzen Reich die Beamten, Angestellten und Arbeiter durch halbtägige Arbeitsruhe und große Kundgebungen.

Der Leichenbefund.

Die Obduktion der Leiche Rathenaus wurde am Sonntag in der Schauhalle von mehreren Gerichtsärzten unter Hinzuziehung eines Schießschwerhörigen vorgenommen. Die Untersuchung der Leiche ergab, daß der Minister von 5 Kugeln durchbohrt worden ist. Wahrscheinlich war schon der erste Schuß, der links vom Rücken durch die Brusthöhle ging und den rechten Lungenflügel durchschlug, tödlich. Der erste Schuß fiel, als das Automobil der Mörder von hinten unmittelbar an den Wagen des Ministers herangekommen war, also aus unmittelbarer Nähe. Von der Handgranate rühren die Verletzungen an der linken Hand und am rechten Bein und Fuß her. Nach dem Gutachten des Schießschwerhörigen ist ohne Zweifel mit einer Maschinenpistole geschossen worden.

Auf der Fahndung nach den Mördern.

Berlin, 26. Juni. Wie die Blätter berichten, sind am Sonntag bereits 10 Personen festgenommen worden, die unter dem Verdacht stehen, der in dem Killingerprozess vielgenannten Organisation C anzugehören. Sie wurden ins Polizeipräsidium gebracht und einstellt in Gewahrsam gehalten. Ihr Aufenthalt zur Zeit des Anschlags und ihre Tätigkeit werden genau nachgeprüft. In ganz Großberlin ist ein Heer von Beamten unterwegs auf Streifen besonders im Grunewald, in Schmargendorf usw. Eine Reihe verdächtiger Personen wurde Sonntag bereits der Abteilung 1a zugeführt, aber als unbeteiligt wieder entlassen. Ein Hauptgegenstand der Nachforschung ist immer das Auto der Mörder und seine Insassen. Die Abteilung 1a hat bereits eine Anzahl Beamte in Städte entsandt, aus denen Meldungen eingelaufen sind, um sofort alle Spuren weiter zu verfolgen.

Rathenaus letztes Interview.

Berlin, 26. Juni. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht ein heute morgen in den amerikanischen Hearstblättern erscheinendes Interview Rathenaus, das dieser noch am Abend vor seiner Ermordung revidiert hatte. Rathenau weist darin abermals auf die Notwendigkeit hin, die öffentliche Meinung, die in den letzten sieben Jahren in der Welt entstand, zu demobilisieren, und betont die Notwendigkeit, daß die Vereinigten Staaten am Wiederaufbau der Welt teilnehmen.

Forderungen und Kundgebungen der Sozialisten.

Eintritt der Unabhängigen in die Regierung?

Berlin, 26. Juni. Wie das Berliner Tageblatt hört, ist der preussische Minister des Innern Sebering, der sich in Hannover aufhielt, noch gestern nach Berlin zurückberufen worden. — Dasselbe Blatt berichtet, daß gelegentlich der gestrigen Besprechungen der sozialistischen Fraktionen die Frage einer Regierungsumbildung und die Möglichkeit des Eintrittes der Unabhängigen in das Reichskabinetts erörtert worden sei. Wie das Blatt hört, sei die Neigung der Unabhängigen zu einem Eintritt in das Reichskabinetts im Wachsen begriffen.

Auflösung des Reichstags?

Kassel, 25. Juni. Der Vorsitzende der S.P.D., der U.S.P.D. und des Gewerkschaftskartells haben ein Telegramm an den Reichskanzler gerichtet, in dem sie die sofortige Auflösung des Reichstags mit der Parole: Für die demokratische Republik, gegen Brotwucher- und Mordpartei, Umformung der Reichswehr und der Schupo durch zuverlässige Republikaner, schnellste Demokratisierung der Verwaltung, Abänderung der Beamtengehalte, strengste Maßnahmen gegen verleumderische Angriffe auf die Republik und ihre Vertreter und Auflösung aller reaktionären Organisationen verlangen.

Berlin, 26. Juni. Der „Vorwärts“ meldet: Vertreter der Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes, der S.P.D., der U.S.P.D. und der R.P.D. trafen gestern nachmittag zu einer Besprechung zusammen, in der die politische Lage und die zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere die Verordnung des Reichspräsidenten und das zu erlassende Gesetz zum Schutze der Republik erörtert wurden. Eine Abordnung begab sich zur Reichsregierung, um dieser zunächst einige der dringlichsten Forderungen bezüglich der Verordnung des Reichspräsidenten zu unterbreiten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 26. Juni. Die Reichslohnkommission der freigewerkschaftlichen Organisationen der Bergleute, die gestern in Berlin tagte, nahm laut „Vorwärts“ eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß die deutsche Republik dürfe die deutschen Bergarbeiter zu ihren zuverlässigsten Stützen zählen. Da gewisse Unternehmerteile ihre Alleinherrschaft wieder aufzurichten streben und durch Ablehnung der Arbeiterforderungen die wirtschaftliche Sicherung der Republik verhin-dern, werde eine Stellungnahme zur Ueberarbeitungsfrage abgelehnt. 24ständiger Generalfreik.

Berlin, 26. Juni. Wie die Berliner Morgenblätter hören, beabsichtigen die sozialistischen Gewerkschaften und Parteien, einschließ-lich der Kommunisten, entsprechend dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses, einen vierundzwanzigständigen Generalfreik vom Dienstag nachmittag 4 Uhr bis Mittwoch nachmittag 4 Uhr zu praktizieren.

Die Kundgebungen.

Berlin, 25. Juni. Die Kundgebung der 3 sozialistischen Parteien im Lustgarten aus Anlaß der Ermordung Rathenaus, an der etwa 250 000 Mitglieder der 3 sozialistischen Parteien und von 12 republikanischen und demokratischen Verbänden teilnahmen, ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die Redner der verschiedenen Parteien verlangten die Entfernung aller Monarchisten aus dem Heer, aus der Polizei und der Verwaltung, Verbot und Auflösung aller nationalistischen Organisationen, die sofortige Verhaftung aller Orgelschüler und die Schaffung von Kontrollorganen der Arbeiterschaft zur Durchführung dieser Forderungen.

Freiburg i. B., 25. Juni. Im Anschluß an eine von den sozialistischen Parteien einberufene Protestversammlung durchzogen kleine Trupps die Straßen, wobei es verschiedentlich zu Ausschreitungen kam. Die Demonstranten erzwangen vielfach die Einziehung der anfänglich eines Regimentszuges ausgehängten schwarz-weiß-roten Fahnen, die dann zum Teil sofort verbrannt wurden. Bei einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern an dem Regimentsfest und Demonstranten kam es zu Mißhandlungen. Ein Teil der Täter konnte verhaftet werden. Sie waren teilweise aus Offenburg und Mannheim zugereist.

Ausländische Pressestimmen.

London, 24. Juni. „Sunday Press“ schreibt in einem besonderen Artikel: Durch den an Rathenau begangenen feigen Mord wird nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa betroffen. Es wird Deutschland schwer sein, einen Ersatz für ihn zu finden. Die Alliierten beklagen den Tod eines früheren Feindes, der, obwohl er natürlicherweise das Spiel seines Landes spielte, kein Anhänger des Imperialismus oder der Rache war, sondern offenbar den Frieden und europäischen Zusammenarbeit erstrebte.

Berlin, 24. S.P.D. einberufen wurde einmündig, daß sie mit all für die Brotwucher werden. Die anderen Die Feuerwerke durchzuführen. Wien, 24. aufgestellten d. fend eine we und daß insb ten der Regi Streik der B. nachmittag er Wien, 24. stand in den Telegraph ar Berlin, 2. Bertelidiger Theodor Viet Bei Beginn kann gegeben halb auch M den Prozess den Bertelidig geklagten end nachdem sie d zeugung gelot Sozialretroulo London, Garbthoffere Nam Alexander ein Regiments rühre von de die Anführer schlimmert! sühende, daß Vereinigung ten im Inter betonte, daß heißen würd 70) Das w Bei solch trunken von wie nichts Der Kön gen die jun selben heim man ihr, tei willen, teils ausmachte, ihre Schönh Auch Pr thren Schüg unter ihre dem Sinne ihr, die be förmlichen ten Lehren perament. ihrem Gatte Luft hätte, langweilen, verleiht sich leit der J In der eilig von ih so machte M war nicht in Seitdem wa

Vermischtes.

Berlin, 24. Juni. Gestern fand in Berlin eine Reihe von der S.P.D. einberufenen Versammlungen unter der Parole „Kampf dem Brotwucher“ statt. In allen Versammlungen wurde einstimmig eine Entschädigung angenommen, in der es heißt, daß von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erwartet werde, daß sie mit aller Energie gegen den Abbau der Getreideumlage und für die Brotversorgung des Volkes zu einem erträglichen Preis einzutreten werde. Die Fraktion solle vor keiner ihr aufgezwungenen Konsequenz zurückschrecken.

Berlin, 24. Juni. Auf dem Augustusplatz in Leipzig fand gestern die angekündigte gemeinsame Demonstrationsversammlung der drei sozialistischen Parteien gegen die Reaktion statt. Sämtliche Redner forderten unter Beifall zur Wachsamkeit gegen die Träger der Reaktion und zum Kampf gegen den Brotwucher auf. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfall.

Berlin, 24. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Königsberg in Preußen meldet, geriet gestern nachmittag auf dem Gelände der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut ein Schuppen mit Munition durch Selbstentzündung in Brand. Einige Stapel Granaten, die vom Feuer erfaßt wurden, explodierten, wobei ein Arbeiter an einem Arm und an beiden Oberschenkeln schwer verletzt wurde. Die anderen Arbeiter konnten aus der Gefahrenzone entfernt werden. Die Feuerwehr mußte wegen der unausgesetzten Explosionen die Vörsarbeiten einstellen, sobald sämtliche Schuppen, in denen sogenannte S-Munition lagerte und zerhackt wurde, verbrannten. Ein Schuppen von 300 Minen blieb vom Feuer verschont.

Berlin, 23. Juni. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Wien hat die Technische Union, die 10 000 Telegraphen- und Telephonangehörige umfaßt, beschlossen, falls bis heute mittag ihre Forderungen von der Regierung nicht bewilligt sind, in den Streik zu treten. Es wird befürchtet, daß auch andere Beamtenkategorien eine Gehaltsangleichung an den Leuerungsstand mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen werden.

Wien, 24. Juni. Die Morgenblätter berichten, daß die Bundesangestellten die von der Regierung gemachten Zugeständnisse betreffend eine weitere Auszahlung im Juni als ungenügend ablehnten und daß insbesondere die Eisenbahn-, Post- und Telegraphenangestellten der Regierung ein Ultimatum stellten, worin sie für heute den Streik der Bahnen, der Post, des Telegraphen- und des Telephonbetriebs ankündigen, wenn ihre Forderungen nicht bis heute nachmittag erfüllt sind.

Wien, 24. Juni. In den Tagesstunden setzte in Wien der Ausstand in den Eisenbahnen, Fernsprech- und Postbetrieben ein. Der Telegraph arbeitete noch auf einzelnen Linien.

Berlin, 24. Juni. Die aus Moskau nach Berlin zurückgekehrten Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre, Dr. Rosenfeld und Theodor Liebknecht, berichten in den Blättern über ihre Erlebnisse. Bei Beginn des Prozesses wurde seitens des Vorsitzenden sofort bekannt gegeben, daß es sich um ein Klassengericht handle, das deshalb auch Klassenjustiz üben müsse. Das Berliner Abkommen über den Prozeß wurde für null und nichtig erklärt. Nach Ansicht der beiden Verteidiger wird der Prozeß mit dem Todesurteil gegen die Angeklagten enden. Wie Dr. Liebknecht erklärt, seien alle Verteidiger, nachdem sie das Beweismaterial studiert hatten, zu der festen Überzeugung gekommen, daß von einer erwiesenen Schuld der angeklagten Sozialrevolutionäre keine Rede sein könne.

London, 23. Juni. In der Generalversammlung der britischen Farbstoffvereinerung in Manchester erklärte der Vorsitzende, Sir William Alexander, in einer Rede, als Ergebnis des Jahres ergebe sich ein Reinerlust von ungefähr einer Million Pfund Sterling. Dieser rühre von der Entwertung der Warenbestände her und werde durch die Anhäufung von Beständen in Roh- und Reimmaterialien verschlimmert! In Bezug auf den deutschen Wettbewerb sagte der Vorsitzende, daß unerbittliche Besprechungen zwischen Vertretern der Vereinigung und solchen der deutschen Farbwerte stattgefunden hätten im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit. Der Vorsitzende betonte, daß die Vereinigung ein solches Übereinkommen willkommen heißen würde, vorausgesetzt, daß dieses nicht gegen den Grundsatz

verstoße, wonach die Vereinigung besonders die Schaffung einer englischen Farbstoffindustrie gemäß dem britischen Bedürfnis in Kleid und Frieden bezwecke. Bisher hätten die deutschen Interessenten diesen Grundsatz nicht angenommen.

Berlin, 22. Juni. Wie die Zeitungen melden, ist der frühere rumänische Ministerpräsident, Take Jonescu, während des Kriegs einer der größten Deutschenfeinde, gestorben.

Affuncon, 22. Juni. Während der jetzt beendigten Revolutionswirren verbreitete sich das falsche Gerücht, daß im Laufe der deutschen Gesandtschaft ein Maschinengewehr versteckt sei und sich dort 50 Revolutionäre verborgen hielten. Obwohl dieses Gerücht sofort durch Zeugen widerlegt und seine Unrichtigkeit vom paraguayischen Minister anerkannt war, brach doch ein Offizier mit 12 Mann während der Abwesenheit des deutschen Geschäftsträgers in das Gesandtschaftsgebäude ein und ließ unter beleidigenden Äußerungen die deutsche Flagge niederholen. Auf sofort erfolgten Protest des deutschen Geschäftsträgers sagte die Regierung von Paraguay völlige Genugtuung zu, über deren Form zur Zeit verhandelt wird.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Juni 1922.

Das Beethovenkonzert.

Das Beethoven-Konzert gestern nachmittag in der Stadtkirche übertraf alle Erwartungen, dank den trefflichen Leistungen der Solisten: Frau Fanny Schiller-Gundert (Violine), und Herrn Oberlehrer R. Frommer (Orgel), des Chores und des Orchesters Calwer, Stuttgarter und Pforzheimer Musikfreunde, vor allem aber dank der ganz ausgezeichneten Leitung durch Herrn Hauptlehrer Nischele. Dem Calwer Kirchengesangsverein und seinem unermüdeten künstlerischen Führer gebühren herzlichster Dank für diese Kulturarbeit in heutiger Zeit. Ganz hervorragend gelungen sind die Ouvertüre zu „Coriolan“ (Orchester); die F-dur-Romanze (Solo-Violine und Orchester), von den Chören besonders der zweite das Sanctus aus der C-dur-Messe und aus der Symphonie (2.) das Largohetto, eine ganz wundervolle Leistung. Die ausführliche Besprechung folgt.

Gesetzliche Beschränkung der Gemeindeumlage.

Wie im Stuttgarter Gemeinderat mitgeteilt wurde, hat das Finanzministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, durch welchen die Gemeindeumlage in Württemberg auf den Höchstfuß von 30 Pro. beschränkt werden soll. Der Vorstand des Württ. Städtetags hat in einer Besprechung mit dem Finanzminister bereits gegen die geplante Beschränkung, als mit den Lebensinteressen der Gemeinden unvereinbar, nachdrücklich Einspruch erhoben.

Sonnenwendfeier und Denkmalseinweihung der Tübinger Studentenschaft.

(SW) Tübingen, 22. Juni. Die gestrige Sonnenwendfeier der Studentenschaft gestaltete sich anlässlich der Einweihung des auf der Eberhardshöhe für die Gefallenen der Universität Tübingen errichteten Denkmals zu einer eindrucksvollen Totenfeier, an der sich auch die Einwohnerschaft beteiligte. Um 1/2 7 Uhr versammelten sich der akademische Lehrkörper und die Studentenschaft vor der Universität und zogen unter Vorantritt der Kapelle des Reichswehr-Bataillons 14 zur Eberhardshöhe, wo sich außerordentlich viel Zuschauer bereits eingefunden hatten. Die Spitzen der staatlichen, städtischen und militärischen Behörden, voran Staatspräsident Dr. v. Hieber, waren zu der Feier geladen, an der sich auch zahlreiche ehemalige Offiziere in Uniform, sowie Reichswehrsoldaten und eine Abordnung der staatlichen Ordnungspolizei beteiligten. Kurz vor 1/2 8 Uhr traf der etwa 2000 Personen umfassende Zug vor dem Denkmal ein. An seiner Spitze der Rektor der Universität, Prof. Dr. Rohrer und der Kanzler, Prof. Dr. v. Rümelin. Nach einem Musikvortrag und dem gemeinsamen Gesang „Ich hab mich ergeben“ hielt Rektor Dr. Rohrer die erste Ansprache, in der er betonte, daß man es den Braven und ihren Kampfgenossen verdanke, wenn die Heimat vom Feinde verschont blieb,

wenn die Heimkehrer die Möglichkeit zum Wiedereintritt in die Arbeit hatten und wenn dem Kriege der wirtschaftliche Wiederaufbau auf dem Fuße folgen konnte. Unter den Tapferen, denen wir diesen Segen verdanken, haben die Akademiker einen ehrenvollen Platz eingenommen. Das Denkmal wird und soll sein ein Ehrenmal aufopfernder Pflichttreue der Toten und eine Mahnung unerschütterlicher Arbeitsfreudigkeit für die Lebenden. In diesem Sinne sei es der Öffentlichkeit übergeben. Hierauf hielt stud. paed. Pfahler im Auftrag der Studentenschaft den gefallenen Kommilitonen einen tiefempfundnen, ehrenvollen Nachruf. Er weihte das Gedächtnis als ein Symbol des wahren Denkmals, das jeder von uns in seinem Herzen aufrichtet, zu dessen Bau uns Kraft schenken möge der lebendige Geist unserer Toten, und das sichtbar und wirksam werde in unseren Taten. Im Namen der Stadtgemeinde sprach eindringlich Oberbürgermeister Hauser, der namens der Bürgerchaft einen Kranz am Denkmal niederlegte als ein Zeichen des Dankes und zum ehrenden Gedächtnis an die heldenhaften Söhne der Tübinger alma mater. Nach einem Musikvortrag wurden die Befehlshaber angefleht, worauf die studentischen Korporationen und Vereine Kränze mit Schleifen auf die Stufen des Denkmals legten, während drei Ehrenjahren die Toten grüßten. Abschließend hielt Staatspräsident Dr. v. Hieber eine zu Herzen gehende Ansprache, in der er namens der Regierung und insbesondere des Kultusministeriums die lebendigste, herzlichste Teilnahme an der Feier aus sprach. Wie die Landesuniversität immer ein lebendiger Teil unseres Volkes gewesen ist, so hat sie, haben ihre Angehörigen, ihre Lehrer und Studenten in dem Krieg, der um Deutschlands Existenz und Zukunft ging, in dem Kampf auf Leben und Tod an Opferwilligkeit, an Hingabe und Treue bis zum Tod sich als lebendiges Glied unseres Volkskörpers erwiesen. Dieses Ehrenmal kündet der Gegenwart und der Zukunft, daß das deutsche Volk in diesem Krieg von seiner besten Blüte einen großen Teil zu Grabe getragen hat. Nicht bloß dem Gedächtnis dieser vielen einzelnen Tapferen und Treuen ist es bestimmt, nein es ist zugleich ein tiefstes Sinnbild unseres Staates, der kein Vorrecht von Vermögen oder Bildung kennt und das Opfer auch des Lebens, wo es sein muß, von jedem fordert. Es steht vor uns als ein leuchtendes Denkmal des Glaubens an das Vaterland, ein leuchtendes Denkmal der Treue bis zum Tode. Der Redner erinnerte daran, daß jeder Schritt heraus aus dem Krieg zum Frieden, zur Ordnung, zur Sicherheit, zur Zukunft uns furchtbar schwer gemacht wird, daß wir in harter, saurer Arbeit ein neues Deutschland bauen müssen, und daß die jungen Kommilitonen in eine strenge Schule genommen sind. Die Gefallenen haben ihre Pflicht getan und sind für sie gestorben. Der Blick auf dieses Ehrenmal soll jedem Studenten sagen: Sei auch du ein Pfadfinder auf dem Wege der Pflicht, der Ehre, des Dienstes fürs Vaterland, der Treue bis zum Tode! Das Denkmal mag uns sagen:

Mit dem Blut des besten Lebens

Ist das Vaterland geweiht.

Wer uns starb, starb nicht vergebens

Und sein Name leuchtet weit.

Es folgten noch zahlreiche weitere Ansprachen mit Kranzniederlegung. Das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ schloß die Feier.

(SW) Strümpfelbach O.A. Badnang, 23. Juni. Am Mittwochabend entlud sich hier ein mit Hagel vermischtes schweres Gewitter. Zweimal schlug der Blitz in die Häuser. Das einmale zerfetzte er unter Rauchentwicklung einen Balken an der Scheunwand des Bauern Wilhelm Glück, doch unterdrückte der Regen einen Brand. Das andere Mal fuhr der Blitz in den Stall des Bauern Karl Baumann, wo sich gerade die Familie aufhielt. Ein Stück Vieh wurde erschlagen. Die anderen Tiere und die anwesenden Menschen wurden zu Boden geworfen, wobei der Bauer unter ein Tier zu liegen kam. Glücklicherweise trug er keinen größeren Schaden davon.

70)

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dewall.

Das war ihr eigentliches Element.

Bei solchen Gelegenheiten war ihr verliebter Mann ganz trunken von Seligkeit — ihn, den Hofmann, entzückte diese Gabe wie nichts anderes auf der Welt.

Der König und die Königin waren allezeit sehr gnädig gegen die junge Frau, sie hatten offenbar das Bestreben, es derselben heimlich zu machen in K. Auch von anderen Seiten kam man ihr, teils von ihrer eigenen Person oder von ihres Gatten willen, teils aber auch, weil sie ein großes, glänzendes Haus ausmachte, freundlich entgegen, vor allem die Herren, welche ihre Schönheit entzückte und ihre sorglose Grazie bezauberte.

Auch Prinz Friedrich war anfangs sehr gnädig gegen ihren Schützling gewesen, sie nahm das junge Paar sichtlich unter ihre Protektion. — Dies war aber durchaus nicht nach dem Sinne Mariquitas. Die Persönlichkeit Hoheits mißfiel ihr, die bemutternde Bevormundung seitens der alten, sehr förmlichen Dame und ihre langweiligen Theeabende und guten Lehren waren zu viel für ihr feuriges, rücksichtsloses Temperament. Hierüber entstand der erste Disput zwischen ihr und ihrem Gatten. Mariquita erklärte demselben, daß sie nicht mehr Lust hätte, allwöchentlich sich einigemal im neuen Palais zu langweilen, und Hoheit abfragen würde, während Hoheit andererseits sich bei Wahldorf beklagte über die Rücksichtslosigkeit der jungen Frau.

In der Tat — Hoheit sollte wenig Freude haben an der so eilig von ihr betriebenen Heirat, denn es dauerte nicht lange, so machte Mariquita derselben offene Opposition und ihr Gatte war nicht imstande, sie anderen, nachgiebigen Sinnes zu machen. Seitdem war Hoheit Mariquita's Feindin.

Eine zweite Gegnerin hatte sie an der Hofjägermeisterin, welche sie hasste um des Leides willen, das sie Ihrer Durchlaucht angetan hatte, und heimliche Reider besaß sie in großer Zahl, wie alle Glücklichen.

Die Wahldorfs lebten überaus glänzend. Man sprach im Publikum von fabelhaften Reichtümern und von einer kolossalen Aussteuer, aber feistamerweise wußte der Kammerherr selbst am wenigsten, wie es eigentlich hiemit stand. Er war zu zartfühlend gewesen, um mit dem Vater Mariquita's über den Geldpunkt zu sprechen. So wußte er denn nur dasjenige hierüber, was jene ihm und anderen gelegentlich einmal geprüchelt oder vielmehr andeutungsweise mitgeteilt hatte. Aber das ganze Auftreten des Marques und seine Gewohnheiten waren die eines Krösus und Mariquita war seine einzige Tochter, — er fürchte deshalb nicht die geringste Unruhe. Außerdem — der Generalkonsul hatte für ihn gutgesagt und behauptete, der Marques habe bei Hoop in Amsterdam einen geradezu fabelhaften Kredit, — von Millionen hatte er gesprochen, — wozu sich da also den Kopf zerbrechen!

Der Marques hatte den jungen Eheleuten seine luxuriöse Einrichtung samt Equipagen und Dienerschaft freigebig überlassen und hatte nach seiner Abreise, von Amsterdam aus, an Wahldorf fünfzigtausend Gulden holländisch übersandt, ohne indessen anzugeben, ob diese Summe eine Zulage sei, die er jährlich seiner Tochter bewilligte, oder ein Kapital. Beide Gatten nahmen natürlicherweise den ersteren Fall an.

Wahldorf's eigenes Vermögen, seine Pension, sein Gehalt und die Zulage des Kammerherrn, endlich die Rente, welche seine Besichtigungen ihm abwarfen, bezugen fünfzehntausend bis zwanzigtausend Taler jährlich, je nach der Ergiebigkeit der Ernten.

Er besaß sich daher in einer beneidenswerten pekuniären

Lage. Er liebte den Glanz und liebte es vor allem, seine junge und schöne Frau in den prächtigsten Rahmen zu fassen.

So verschlangen sein Hausstand, seine Feste nebst Stall und Dienerschaft, Toiletten und Spiel Summen, die ihm früher einen gewaltigen Schrecken eingejagt haben würden.

Der allezeit skeptische Kunkelstein, welchen nebenbei wohl der Neid ein wenig abgünstig machte, nannte Wahldorf, wenn er im Klub oder unter Freunden von ihm sprach, nie anders als den schönen Krösus und seine Gattin Madame Pomare. Der Marques mit seiner roten Krawatte und den Brillanten war über Holland und England nach seiner Heimat zurückgekehrt, um seine Geschäfte dort abzuwickeln. Er schrieb einige Male im Laufe des Jahres an seine Tochter, einige kurze, im Depeschentstil gehaltene Briefe, mit ziemlich unvollkommenen Berichten über seine Reisen.

Der erste jener Briefe kam aus der Savanna und lautete nicht besonders günstig. Die Sachen würden sich schwer abwickeln bei den traurigen Zuständen auf der Insel, schrieb er. Sein Besitz hätte durch Veruntreuungen und durch die Schwierigkeit, tüchtige Arbeiter dort hinauf zu bekommen, stark gelitten. Sein Aushalt würde daher wahrscheinlich länger dauern, als er erwartet hätte.

Später kamen einige Schreiben aus Mexiko und zuletzt ein solches aus New-Orleans, welche günstiger lauteten. Dem alten Herrn schien dieses Umherschweifen übrigens gar nicht so schlecht zu behagen, als man dies annehmen sollte; von seiner Heimat sprach er kein Wort.

Rein Wunder nach allem diesem, wenn, wie schon gesagt, niemand mehr in Ankenntnis war über seine eigenen Verhältnisse, als Wahldorf selbst.

(Fortsetzung folgt.)

(S. B.) Bopfingen, 23. Juni. (Zeitungsnot.) Der „Alte Spf“ in Bopfingen wird Ende Juni sein Erscheinen einstellen.

Landtag.

(S. B.) Stuttgart, 23. Juni. Am Freitag führte die Besprechung der Großen Zuckerverfrage der Abgeordneten aller Parteien im Landtag zu weiteren lebhaften Kämpfen, die eines parteipolitischen Einschlags nicht entbehrten. Die Frauenabgeordneten Moll (D. P.), Rist (Ztr.) und Hiller (Soz.) traten für den gemeinsamen Antrag ein und führten bewegte Klage über die Zuckernappheit. Die grundsätzlichen Parteianschauungen über die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Zucker bildeten den Angelpunkt der ganzen Debatte. Sie wurde gefordert in einer Entschließung Pflüger (Soz.) mit Unterstützung von Speich (U. S. P.) und Stetter (Komm.), während das Zentrum nur Opfer von den Wirtschaftsgruppen infolge der Not der Zeit forderte. Ein Zusatzantrag des Zentrums, und ein weiterer Antrag der Bürgerpartei wurde nicht zugelassen, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht aufgebracht wurde. Ernährungsminister Weil sprach sich für die Zwangswirtschaft aus, weil nur auf diesem Wege eine Regelung und erträgliche Zustände herbeigeführt werden könnten. Die Entschließung Pflüger (Soz.) auf Einführung der Zwangswirtschaft für Zucker wurde in namentlicher Abstimmung mit 34 Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen 28 der D. D. P., Soz., R. P. und U. S. P. abgelehnt, mit derselben Mehrheit der gemeinsame Antrag zur nochmaligen Beratung an den Ausschuss verwiesen. Dann hielt Finanzminister Dr. Schall die Einführungsrede für das neue Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz, in der er auf die geschichtliche Entwicklung der Steuern, die Neuordnung, die eine gleichmäßige Belastung von Landwirtschaft und Gewerbe herbeiführen soll, und auf die finanziellen Verhältnisse von Ländern und Gemeinden in Beziehung zum Reich näher einging. Er kündigte an, daß ein weiterer Gesetzentwurf die Frage der Begrenzung der Umlagehöhe regeln wird und daß eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Steuerlasten unter Anpassung an die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart nur dann erreicht werde, wenn der Zuschlag zu den Katastersteuern richtig bemessen werde. Nach 5 1/2 stündiger Sitzung wurde die Beratung abgebrochen. Samstag vorm. 8 Uhr Fortsetzung.

(S. B.) Stuttgart, 24. Juni. Unter Verschiebung der Tagesordnung wurde auf Antrag Bagille zuerst das Statistengesetz in allen drei Lesungen angenommen und sodann das Wohnungsgesetz, Polizeibeamtengesetz und andere Gesetze in die Ausschüsse verwiesen. Die 1. Lesung bei diesen Gesetzen findet ausnahmsweise später statt. Die 1. Beratung des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes wurde sodann zu Ende geführt und das Gesetz dem Steueraussschuß überwiesen. Der Entwurf fand Anerkennung bei den Abgeordneten A. Müller (S. B.), der aber seiner Fraktion die end-

gültige Stellungnahme vorbehalten, bei Scheef (D. P.), der den Entwurf als einen bedeutenden Fortschritt kennzeichnete, aber zusammen mit der Rechten gleichzeitig die Verzögerung des Landessteuergesetzes forderte, das den Zuschlag zu den Katastersteuern bestimmt, desgleichen beim Abg. Wähler (Ztr.), der den Gesetzentwurf als eine gute Grundlage zur Weiterberatung bezeichnete. Winter (Soz.) behielt seiner Partei Abänderungsanträge und die endgültige Stellungnahme vor. Müller (Komm.) lehnte den Entwurf ab. Neuber (U. S. P.) wollte wenigstens daran mitarbeiten. Das neue Diätengesetz wurde natürlich ohne Aussprache angenommen. Als die Ermordung Rathenaus bekannt wurde, fand Präsident Walter Worte des Abscheus gegen das Verbrechen und warmer Teilnahme an dem Schicksal des Ermordeten, zu dessen ehrendem Andenken das Haus sich erhob. Nächste Sitzung unbestimmt.

Präsident Walter unter tiefer Nührung: Wir nehmen mit Abscheu von dem Verbrechen Kenntnis, dem wieder ein Minister zum Opfer fiel, der seine ganze Kraft und sich für Deutschlands Sicherheit einsetzte. Unsere tiefe Abscheu richtet sich gegen das Verbrechen. Wenn der politische Mord in Deutschland Uebung würde, wäre es um das deutsche Vaterland schlecht bestellt. Noch vor einigen Wochen hat Rathenau hier gewinkt und wir haben ihn persönlich kennen gelernt. Mit unsjo größerer Teilnahme haben wir von seinem Ableben Kenntnis genommen. Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren. (Das Haus hatte sich erhoben.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf über 350 Reichsmark.

Die Wirtschaftslage Deutschlands.

Ueber die Wirtschaftslage Deutschlands um die Mitte des Juni 1922 schreibt das Reichsarbeitsblatt u. a.: Auf immer größere und unüberwindlichere Schwierigkeiten löst der Wettbewerb der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, womit die Basis immer schmaler wird, auf der die stündig auf Rohstoffzulauf aus dem Ausland angewiesene deutsche Wirtschaft einen Halt zu finden hoffen darf vor weiterem Sinken der Baluta. Große Ausfälle an Bestellungen seitens des Auslandes sind im April und Mai eingetreten. England, Frankreich, Belgien und die Schweiz, auch Holland haben nicht nur mit Kohle, sondern auch mit Eisen-, Textil- wie Glaswaren die deutsche Industrie auf dem Inlandmarkt unterboten und das zu einer Zeit, da das immer mehr hervorzugetende Versagen der Kaufkraft weiter Kreise den Inlandsabsatz der deutschen Industrie gefährdet. Die frühere Spannung zwischen Auslands- und Inlandswert der Mark verminderte sich im April und Mai rasch und schon machen sich die ersten Folgen des Sinkens der Kaufkraft des Arbeitseinkommens auf dem Arbeitsmarkt sichtbar; nach den Berichten der Landesarbeitsämter tritt wachsendes Angebot von weiblichen Arbeitskräften, namentlich von Ehefrauen, hervor.

Börsenbericht.

(S. B.) Stuttgart, 22. Juni. Die hohen Devisenkurse blieben ohne Einfluß auf den Effektenmarkt, der weiter in seiner Auflosigkeit und Zurückhaltung verharrte. Die Kurse neigten teilweise zur Abschwächung, die Umsätze blieben gering. Im freien Verkehr war das Bild etwas freundlicher, einzelne Werte konnten bei größeren Umsätzen ihre Kurse erheblich bessern. Hier sind zu erwähnen: Germania Ringl., die mit 675 25 Proz. und Fichtelgold, die 35 Proz. gewinnen konnten. Die übrigen Freibriefswerte waren größtenteils vernachlässigt. Im Einzelnen neigten Bankwerte zur Abschwächung, Brauereiwerte blieben unverändert, Textilwerte uneinheitlich, Maschinen- und Metallwerte gut gehalten. Vereinsb. 223, Bananstalt 210, Kolb u. Schüle 1295 eg., Baumw. Eßlingen 1300, Daimler 411, Lauph. Werkz. 910, Ehl. Masch. 715, Hefler 750, Weingarten 760, Redarf. 599, Jungbans 402, Krumm 340, Stuttg. Zucker 586 eg.

(S. B.) Stuttgart, 23. Juni. Trotz weiteren Anziehens der Devisenkurse zeigte der Effektenmarkt dasselbe Bild wie an den Vortagen. Die Kurse waren kaum verändert, die Umsätze blieben gering. Bankwerte gut gehalten. Hypothekbank 160, Brauereiwerte unverändert: Ravensburg 290, Zahn 1560. Textilwerte ziemlich uneinheitlich: Unterhausen 1900, Kolb u. Schüle 1250, Rottner 1000, Eßlingen 1220, Ruchen 1550, Rattunmanufaktur 2700. Maschinen- und Metallwerte wiesen keine wesentlichen Kurschwankungen auf. Köln-Roittw. 700, Lauph. Werkzeug 940, Württ. Metallw. 1250. Die sonstigen Werte waren der Tendenz entsprechend, kaum verändert. Im freien Verkehr war das Geschäft ziemlich ruhig. Die Kurse hielten sich fast durchweg auf der Höhe des Vortags. Germania lagen fest bei lebhaftem Geschäft. Alte Aktien konnten mit 695 25 Proz., junge mit 680 30 Proz. gewinnen.

Vom Grundstücksmarkt.

(S. B.) Stuttgart, 22. Juni. Nach den statistischen Berichten der Stadt Stuttgart hat sich der Umsatz auf dem Grundstücksmarkt im ersten Vierteljahr 1922 für die bebauten Flächen gegenüber dem vorigen Vierteljahr etwas ruhiger gestaltet. Im Durchschnitt kostete das Quadratmeter 389 gegen 384 M. im Vorvierteljahr. 8,7 Proz. (gegen 11,1 Proz. im Vorvierteljahr) der bebauten Fläche mit 15,6 (17,2) Proz. des Betrages fiel an Ausländer. Der Preis für ein Quadratmeter Boden stieg hier von 30 auf 71 M. während der Berichtszeit. Die Stadt hat während der Berichtszeit 13 045 Quadratmeter unbebaute Fläche zu 744 417 M. verkauft und 39 472 Quadratmeter zu 1 167 876 M. gekauft und außerdem eine bebaute Fläche von 2570 Quadratmeter zu 635 000 M. erworben.

Märkte.

(S. B.) Ulm, 22. Juni. Auf dem Schlachtviehmarkt kostete je 1 Ztr. Lebendgewicht: Bullen 1. Qualität 2700, Jungkühe 1. 3100, 2. 2500, Kühe 2. 1600-1700, 3. 900-1200, Rälber 1. 3200, bis 3400, 2. 2900-3000, Schweine 1. 4700-4950, 2. 4400-4500 M.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. W. Rudolf, Calw. Druck und Verlag der U. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Brennholzversorgung.

Haushaltungen, die bisher von der Stadt weder Holz geholt noch zugeteilt erhalten haben, können 1 Am. Brennholz zugewiesen erhalten und zwar am Donnerstag, den 29. Juni 1922 nachmittags von 2-3 Uhr Buchstabe A-C nachmittags von 3-4 Uhr E-G einschließl. Wegen der erhöhten Befuhrkosten wollen sich jeweils 2 Familien über die gemeinsame Befuhr verständigen und dies bei der Holzteilung bekannt geben. Calw, den 26. Juni 1922.

Stadtspflege: Frey.

Stadtgemeinde Calw.

Auf die am Rathaus angeschlagene Ministerialverordnung betr. Erhöhung der Gebühren für Hebammen für ihre Berechtigungen in der Privatität wird hiemit hingewiesen. Calw, den 23. Juni 1922.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

Althengstett, den 25. Juni 1922.

Todes-Anzeige.



Tiefbetrübt teilen wir Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß mein lieber Mann, unser guter Vater

Jacob Frohnmeyer
Landwirt

im Alter von 68 Jahren heute Mittag um 3 Uhr von seinem schweren Leiden erlöst wurde.

Die trauernde Gattin:
Christiane Frohnmeyer,
mit ihren Kindern.

Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr.

Antony's Stey-Truppe.

Wegen schlechter Witterung konnten wir gestern Abend nicht spielen,

Heute Abend bestimmt Haupt- und Abschieds-Vorstellung mit Brillant-Feuerwerk.

Es ladet höflichst ein die Direktion.

Freie Zimmerer-Innung Calw.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß vom 1. Juni 1922 ab

der Tariflohn für einen Gesellen in den Salorten pro Stunde Mk. 24.70, in allen übrigen Orten des Oberamtsbezirks Mk. 23.50 beträgt. Hierzu kommen die durch die Handwerkskammer festgelegten

Zuschläge 30% Geschäftsunkosten und 10% Verdienst u. Umsatzsteuer. Der Obermeister.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einige **Börsenmacherinnen.**

Auch werden Taschen zum **Einwickeln als Heimarbeit** gegeben.

Metallwarenfabrik Nagold G. m. b. H.

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

Am Freitag Abend ging auf dem Brühl eine **Briefmappe mit größerem Geldinhalt verloren.** Bitte dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle ds. Bl.

1a Bremsen-Oel
frisch eingetroffen
Ritterdrogerie Calw

Nach Hamburg ein **Mädchen** (auch solches, das noch nicht im Dienst war) gesucht von kinderlosem Ehepaar b. hohem Lohn und guter Verpflegung. Näheres durch Dr. H. Bongards aus Hamburg, J. St. Altburg bei Calw Gasthof zum „Lamm“.

Achtung! Achtung! Bringen Sie Ihre **aiten Flaschen** aller Art, in die Nonnengasse 139 zu noch nie da gewesenen Preisen. Burkhardt.

Neuhengstett. **1 Gluckhenne mit 12 Jungen** hat zu verkaufen Paul Talmon.

An unsere Mitglieder! Die Formulare

zur schriftlichen Erklärung auf Verlangen der gesetzlichen Miets können am 26. und 27. ds. Mts. je 7-8 Uhr abends beim Mieterverein (im Gasthaus zur Krone, Nebenzimmer abgeholt werden.

Diejenigen Mieter, welche ab 1. Oktober (beim monatlicher Kündigung ab 1. August) die gesetzliche Miets wünschen, müssen die Erklärung spätestens bis 3. Juli ihrem Hausbesitzer übergeben haben.

Witte Null findet hier ein **Vortrag über die gesetzliche Miets durch Herrn Oberregierungsrat Krauß (Heilbronn)** statt.

Näheres hierüber wird noch bekannt gegeben.

Mieterverein Calw e. V.

Einige Heimarbeiterinnen für Bernarbeiten werden angenommen. **Einige Haspel zum Garn aufziehen** können noch ausgegeben werden.

Christ. Lud. Wagner Seidenwarenfabrik Calw.

Klee- und Wiesen-Heu kauft jeden Posten **Otto Jung, Fernsprecher 80.**

Hobelbank zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter B. H. 143 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Hier! in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit Überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Nr. 146. Der Reichspräsident... Der Reichstag... Am Samstag... Nach dem... Die... Besprechung... Berlin, 26. Juni... Tribünen wird... führung der Re... Abg. Weis... am 23. Juni in... scher Haß, habe... willig ganz in... stellt hat. Die... je einer in De... wahrer Christ, Demagogie sind... Urteilslose und... gen verleitet... Erzberger, bis... Vorzicht mahne... und Rathenau... die militärische... Kundgebungen... haftbar sind... reaktionären B... reitet werden;... darauf verzichte... an die Stelle... nahmen treten... den der Justiz... und Aufhebung... digen, Verbot... roten Fahne, ... der Justiz und... der Vertreter d... deutschnational... schaft appelliere... und Gewalttate... Abg. Mar... Morde, wie sie... nicht mehr gel... heute höheren... hören. Die Bo... hoben hat, sind... Staatsanwaltsf... serer Mitte ge... zu erregen. G... und anders De... treu zur Verfa... recht an, der H... fassung. Darun... klares Bekennt...